

Fortsetzung von Seite 1

Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann“ (193). Der erste Aspekt wird in der Entwicklungszusammenarbeit kaum diskutiert.

Wozu Politik?

Die gesamte Gesellschaft und insbesondere auch die Politik haben die Aufgabe, das Gemeinwohl – das gute Zusammenleben – zu sichern, also ausbeuterischen Tendenzen an Menschen und Umwelt Grenzen zu setzen. Das Prinzip des Gemeinwohls geht vom Respekt vor der menschlichen Person aus und davon, dass die Güter der Erde für alle gleichermaßen bestimmt sind. Das bedeutet, Kapital ist sozialpflichtig, was die politisch Verantwortlichen (wieder) einfordern müssen. Aktuell ordnet sich die Politik jedoch der Wirtschaft unter, wie im Apostolischen Schreiben *Evangelii Gaudium* bereits festgehalten wurde.

Wie auch im aktuellen Diskurs um das gute Leben werden die ökologische und die soziale Frage in der Enzyklika gemeinsam behandelt. LS spricht nicht von multiplen Krisen, sondern von nur einer Krise. Deswegen sind „ganzheitliche Lösungen zu suchen, welche die Wechselwirkungen der Natursysteme untereinander und mit den Sozialsystemen berücksichtigen. Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige und komplexe sozio-ökologische Krise“ (139).

LS richtet sich, anders als *Evangelii gaudium*, an alle Menschen. Sie knüpft damit an die 1963 erschienene Sozialenzyklika *Johannes' XXIII. „Pacem in terris“* (PT) an, die vor dem Hintergrund des Kalten Krieges eine Weltautorität einmahnt, die den Frieden sichern sollte. Auch in LS wird ein international anerkanntes Gremium gefordert, das global gültige Regeln entwickelt und diese auch sanktioniert. Seine Legitimität muss es aus demokratischen Prozessen erhalten und dialogisch arbeiten. Ein qualitätsvoller Dialog hat transparent zu sein und ist

mit allen Beteiligten und Betroffenen und jenen, die ökologische Folgen abschätzen können, also den WissenschaftlerInnen, zu führen wie auch mit den Religionen.

Die konsumistische Weltsicht neigt dazu, alle Kulturen gleichförmig zu machen. LS fordert, das historische, künstlerische und kulturelle Erbe zu pflegen, also all das, was vor Ort identitätsstiftend ist. Als Beispiel werden die UreinwohnerInnen angeführt, die nicht nur wegen ihres Status als Minderheit besonders beachtet werden müssen, sondern weil sie gleichwertige GesprächspartnerInnen sind. LS stellt uns vor die Herausforderung, die Weltsicht unseres Kulturkreises entgegen den Gewohnheiten nicht absolut zu setzen. Auf individueller Ebene braucht es einen anderen Lebensstil, eine neue Alltagsökologie. Neben einer Änderung der Konsumkultur hin zu sozialverträglichen und ökologischen Produkten gehören Mäßigung/Genügsamkeit und Zeiten der Achtsamkeit und des Staunens ebenso dazu. Es ist Zeit, „einen kleineren Gang einzulegen“ (114).

Die Schöpfung, ein Geschenk

Die Gegenerzählung zum herrschenden Umweltverständnis und Menschenbild ist die Schöpfungsgeschichte. In den biblischen Schöpfungstexten findet sich die Grundhaltung für ein gutes Miteinander zwischen den Menschen, der Umwelt und Gott: Die Schöpfung ist Geschenk Gottes. Wir Menschen können uns hier auch aufgrund unserer Körperlichkeit nicht herausnehmen: „(...) die Welt, die nach göttlichem Bild erschaffen ist, ist ein Gewebe von Beziehungen“.

In Analogie zum trinitarischen Gottesbild geschieht Menschwerdung durch In-Beziehung-Treten, „um in Gemeinschaft mit Gott, mit den anderen und mit allen Geschöpfen zu leben. (...) alles ist miteinander verbunden, und das lädt uns ein, eine Spiritualität der globalen Solidarität heranreifen zu lassen, die aus dem Geheimnis der Dreifaltigkeit entspringt“ (240).

Ganzheitliche Ökologie

Aufgrund unserer gestalterischen Fähigkeiten, die sich in den technischen Entwicklungen der letzten 200 Jahre zeigen, tragen wir besondere Verantwortung. Sie nimmt mit der Machtfülle und den Entscheidungsbefugnissen zu. LS fordert, unser Handeln an einer ganzheitlichen Ökologie als neuem Paradigma von Gerechtigkeit in allen Lebensbereichen auszurichten.

Die verschiedenen kleinen und größeren Initiativen sind Hoffungszeichen. „Allerdings ist es zur Lösung einer so komplexen Situation wie jener, mit der sich die Welt von heute auseinandersetzen muss, nicht genug, dass jeder Einzelne sich bessert. (...) Auf soziale Probleme muss mit Netzen der Gemeinschaft reagiert werden, nicht mit der bloßen Summe individueller positiver Beiträge: (...) Die ökologische Umkehr, die gefordert ist, um eine Dynamik nachhaltiger Veränderung zu schaffen, ist auch eine gemeinschaftliche Umkehr.“

Die Idee des Verbunden-Seins und damit des Abhängig-Seins durchzieht die Enzyklika. Entsprechend muss die Lösung auch im Dialog, der im gemeinsamen Haus (*oikos*) stattfindet, entwickelt und umgesetzt werden im Vertrauen auf Gott. Ein tröstlicher Gedanke, nicht alles allein lösen zu müssen. Die Perspektive der Armen wird konsequent durchgezogen und eingefordert. Positiv auch die Betonung unserer Leiblichkeit, wodurch die vernachlässigte/vergessene Verbundenheit mit der Schöpfung wieder unterstrichen wird und wir Menschen auf den uns zustehenden Platz in der Schöpfung verwiesen werden mit allen Konsequenzen für unser Handeln – hoffentlich. Die Care-Perspektive klingt an, wird aber nicht weiter ausgeführt.

LS ist Ermutigung für jene, die bereits auf dem Weg sind – wie weit sich ihre prophetisch mahnende Funktion entfaltet, muss sich noch zeigen.

Mag.^a Lucia Göbesberger
Umweltreferentin der Diözese Linz

Syriza – mit dem Mut der Verzweiflung

Um die Politik der neuen Syriza-Regierung zu verstehen, muss man den Weg Südeuropas, insbesondere Griechenlands, in die katastrophale Krise rekapitulieren.

Seit gut 25 Jahren orientiert sich die EU-Politik an neoliberalen Leitlinien: Ent-Fesselung der Finanzmärkte, Bindung der Politik an Regeln wie den Fiskalpakt, Vorrang der Geldwertstabilität, Abbau des Sozialstaats, Lockerung des Arbeitnehmerschutzes, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit als „Allheilmittel“ etc. Ein Projekt widersprach inhaltlich den neoliberalen Leitlinien: die endgültige Überwindung der Devisenspekulation durch Schaffung einer gemeinsamen Währung. Die Umsetzung des Projekts war und ist allerdings durch neoliberalen Zwang zur Sparpolitik geprägt. Dieser Widerspruch stellt die systemische Hauptursache für die Eurokrise dar.

Ursachen der griechischen Krise

Nach dem Aktiencrash 2000/2003 schlitterte auch die EU in eine Rezession, die steigenden Budgetdefizite wurden durch eine Sparpolitik bekämpft; besonders schlecht entwickelte sich die Wirtschaft in Deutschland, die Lohnstückkosten wurden gesenkt. In Südeuropa stiegen hingegen Löhne und Gesamtproduktion, die Länder weiteten ihre Importe daher kräftig aus. Damit stabilisierten sie die Wirtschaft in Deutschland, freilich um den Preis steigender Defizite in den Leistungsbilanzen. Dieses „Über-ihre-Verhältnisse-Leben“ wurde durch Kredite finanziert, insbesondere von deutschen und französischen Banken.

Die durch die „freien“ Finanzmärkte verursachte Krise 2008 traf die Länder Südeuropas hart, insbesondere Griechenland. Zusätzlich trieb die Spekulation auf den Staatsbankrott die Anleihezinsen in unfinanzierbare Höhen. Im Frühjahr 2010 wurde offenkundig: Griechenland kann seine Schulden nicht stemmen. Daher schlug der Internationale Währungsfonds (IWF) eine Umstrukturierung vor, bei der die Banken erhebliche Verluste erlitten hätten.

Doch die Politik in Deutschland und Frankreich entschied sich für die Rettung ihrer Banken: Griechenland musste diese durch Aufnahme von Schulden beim IWF, der EZB und dem zu diesem Zweck gegründeten „Rettungsschirm“ auszahlen. Dies war der Kardinalfehler: Denn wegen seines gewaltigen Schuldenbergs wurden Griechenland von der „Troika“ (EZB, IWF und EU-Kommission) die radikalsten Sparmaßnahmen verordnet. Dementsprechend brach die Wirtschaft viel stärker ein als etwa in Spanien, die Arbeitslosigkeit stieg über 25 %, immer mehr Menschen fielen in Armut und verloren gleichzeitig auch den Zugang zu Gesundheitsleistungen (derzeit etwa 40 % der Bevölkerung).

Die EU-Eliten konnten den systemischen Charakter der Krise in ganz Europa nicht wahrnehmen und damit auch nicht die Tatsache, dass Griechenland lediglich das schwächste Glied war. Denn dann hätten sie einsehen müssen: Die von ihnen verordneten Therapien sind Teil der Krankheit. Statt dessen machte man Griechenland zum „Sündenbock“, wofür sich dieses Land ideal eignet: Sein Staat hat bei den Budgetzahlen am meisten „geschummelt“, seine Verwaltung ist ineffizient, die Wirtschaft durch Klientelismus und Korruption gelähmt, die Produktion nicht wettbewerbsfähig.

Kurswechsel für Europa nötig

Die soziale Lage von Millionen Griechen hat sich durch ihre „Rettung“ so sehr verschlechtert, dass jene Partei die Parlamentswahl im Jänner 2015 gewann, welche ein Ende der Austeritätspolitik fordert, und zwar nicht nur für das eigene Land, sondern für ganz Europa. Für einen solchen Kurswechsel wieder zurück zu einem sozialen Europa brauche es einen geordneten Schuldenerlass (im Rahmen einer EU-Schuldenkonferenz), eine expansive Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut und auch der Staatsverschuldung. Denn Letztere würde durch eine Fortsetzung der Sparpolitik weiter steigen.

Die EU-Eliten empfanden dieses Programm als Provokation. Denn es implizierte, dass sie seit Jahren mit einer falschen Politik Europa in die Krise geführt hätten. Da damit auch die Sozialdemokratie gemeint ist – sie schwimmt ja seit Langem im neoliberalen „Mainstream“ –, war die neue Regierung innerhalb der Eurogruppe und der gesamten EU isoliert.

Verhandlungen als Glaubenskrieg

Die Verhandlungen über ein neues Hilfspaket entwickelten sich wie ein Glaubenskrieg, waren also sinnlos. Denn es ging nicht um die Frage, wie man den leidenden Menschen in Südeuropa helfen könne, sondern um die „wahre“ Politik. Ein Glaubenskrieg wird immer durch die Macht entschieden, und da stand es 18 zu 1. Also forderte das neoliberale Team genau das, was Syriza nicht akzeptieren konnte: weitere Pensionskürzungen und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (sie belastet die Menschen umso stärker, je geringer ihr Einkommen ist).

Die griechische Regierung lehnte dies ab und wollte das Volk entscheiden lassen. Damit verstieß sie gegen das Merkel'sche Prinzip der „marktkonformen Demokratie“ (eine Ablehnung der Sparpolitik darf dem Volk erst gar nicht zur Entscheidung vorgelegt werden – schon die Wahl der Syriza war ein Fehlverhalten). Empört drehten Eurogruppe und EZB den Geldhahn zu, die Banken in Griechenland mussten schließen. Dennoch stärkte die Bevölkerung im Referendum der Regierung den Rücken, aber umso mehr verhärtete sich die Position der 18 Partner.

Der Eskalationsprozess endet (vorläufig) mit der Übereinkunft vom 13. Juli: Griechenland erhält ein drittes Hilfspaket, aber gegen entmündigende Auflagen, härter als jene, die es zwei Wochen vorher abgelehnt hatte. Das ist keine Aussöhnung, auch kein Waffenstillstand, sondern eine Kapitulation.

Stephan Schulmeister,
Wirtschaftsforscher und Universitätslektor in Wien

Staaten ohne Struktur

„Alle sozialen Strukturen sind zusammengebrochen, die Wirtschaft liegt am Boden, die Landwirtschaft dieses fruchtbaren Landes ist kaum imstande, den heimischen Markt zu versorgen, die Transport- und Kommunikationsmittel sind rudimentär, die meisten Schulen sind zerstört, die medizinische Versorgung kann kaum aufrechterhalten werden“. So beschrieb die 2010 verstorbene österreichische Journalistin Dolores Bauer die Situation in Uganda zum Jahreswechsel 1986/87. Uganda war ein gescheiterter Staat. Heute herrscht politische Stabilität, das Land hat eine demokratische Verfassung, die Grundversorgung wurde aufgebaut und die Wirtschaft verzeichnet ein stetiges Wachstum.

Zahlreiche Länder Afrikas schreiben ähnliche Erfolgsgeschichten. Dennoch dominieren die medialen Bilder von den sogenannten gescheiterten Staaten, also Ländern, in denen die zentralen staatlichen Funktionen wie Sicherheit, soziale Grundversorgung, Rechtsstaatlichkeit und Legitimität nicht erfüllt werden. Im neuesten „Fragile States Index“, der vom „Fund for Peace“ (www.fundforpeace.org) veröffentlicht wird, liegen der Süd-Sudan, Somalia und die Zentralafrikanische Republik, die Demokratische Republik Kongo und der Sudan auf den ersten fünf Plätzen. Weltweit leben zirka 1,5 Milliarden Menschen in fragilen oder gescheiterten Staaten und leiden unter großer Armut, Gewalt, Korruption und politischer Willkür. In 70 % der fragilen Staaten kam es in den letzten drei Jahrzehnten zu bewaffneten Konflikten.

Europas Nachbarn betroffen

Der EU-Beauftragte für das Horn von Afrika, Alexander Rondos, spricht von einer „necklace of violence“ (Halskette der Gewalt), die sich um Europa gelegt hat. Von Mauretanien über die Sahelzone, das Horn von Afrika, den Jemen, Irak, Syrien bis zur Ukraine zieht sich ein Halbkreis von Konfliktzonen und gescheiterten Staaten. In anderen Regionen, wie dem südlichen Afrika (mit Ausnahme von Zimbabwe) oder in

Mittel- und Südamerika, ist ein Rückgang von gewaltsamen Konflikten zu beobachten.

Armut und Ungleichheit (v. a. zwischen Frauen und Männer), mangelnde Rechtsstaatlichkeit und interne Machtdynamiken bilden einige der Ursachen für das Scheitern eines Staates. Aber es gibt auch internationale und regionale Faktoren.

So trugen die westliche Geopolitik und der „war on terror“ zur Verschärfung von Konflikten und Staatszerfall bei. Laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI kommen 87 % der Waffen für die Türkei, Saudi-Arabien und Katar aus den USA oder Westeuropa. Für US-Vizepräsident Joe Biden waren es diese drei Staaten, die wesentlich die jihadistischen Bewegungen in Syrien unterstützten.

Die britische Menschenrechtsorganisation Reprieve wies darauf hin, dass bei 41 Drohnenangriffen in Pakistan und im Jemen 1.147 Menschen getötet wurden, also pro Zielpersonen gab es 27 „Kollateraltote“. Die Zentrale für die Drohnenangriffe liegt im deutschen Ramstein. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon sagte beim Terrorgipfel am 19. Februar 2015 im Weißen Haus, dass „Bomben Terroristen töten können, aber nicht den Terrorismus“.

Eine weitere Ebene liegt in der neoliberalen Finanz- und Handelspolitik, die die soziale Grundversorgung gefährdet und die Ungleichheit ansteigen ließ. Dem Optimismus nach der Demokratisierung in Afrika der neunziger Jahre folgte die Enttäuschung. „Der (demokratische) Staat liefere nicht mehr“, war aus vielen afrikanischen Ländern zu hören. Die heutigen Austeritätsprogramme für Griechenland unterscheiden sich wenig von den Auflagen für die afrikanischen Länder der vergangenen zwei Jahrzehnte. Das „Bretton Woods Project“ untersuchte die Folgen der Struktur Anpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Liberia, Sierra Leone und Guinea. Die auferlegten Einsparungen im öffentlichen Gesundheitssektor hatten dazu

beigetragen, dass es vor Ausbruch der Ebola-Epidemie in Liberia (4,2 Mio EinwohnerInnen) nur 60 ÄrztInnen, in Sierra Leone (6,5 Mio EW) 130 ÄrztInnen und in Guinea (11,5 Mio EW) 940 ÄrztInnen gab. Österreich hat je nach Berechnungsmethode zwischen 35.000 und 42.000 ÄrztInnen. Bisher sind in Westafrika rund 11.250 Menschen an Ebola gestorben, knapp 28.000 haben sich infiziert.

Das Tax Justice Netzwerk verweist auf eine andere Ursache für die „Phantomstaaten“, die vor allem in den ländlichen Regionen kaum mehr existieren. Afrika verliert jährlich rund 40 Milliarden US-Dollar (entspricht zirka der jährlichen Entwicklungshilfe) durch sogenannte „illicit capital flows“ aufgrund der Verrechnungspreispolitik internationaler Firmen, also wie Konzerne ihre internen Leistungen verrechnen und ihre Gewinne in Steueroasen verschieben. Die DR Kongo verlor 2013 durch Steuerprivilegien und Gewinntransfers im Bergbausektor rund 1,2 Mrd US-Dollar. Das entspricht dem gesamten Bildungsbudget des Landes. Fragile Staaten heben nur 14 % des Bruttosozialprodukts durch Steuern ein (Österreich 43 %). Nur 0,07 % der Entwicklungshilfe wird dem Aufbau von nationalen Steuersystemen gewidmet.

Ein „New Deal“ aus dem Labor?

Die internationale Staatengemeinschaft (OECD/DAC, UN-Konferenz, Busan-Konferenz) hat das Problem natürlich längst erkannt. Aus der Diskussion über Staatsaufbau (statebuilding) und Friedensförderung (peacebuilding) wurde der sogenannte „New Deal“ für das Engagement in fragilen Staaten entwickelt. Als zentrale Elemente wurden legitime Politik, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Basis und öffentliche Grundversorgung definiert. Dazu wird auf Grundlage einer Fragilitäts-Beurteilung (Assessment) ein Plan und ergebnisorientierter Maßnahmenkatalog von der jeweiligen Regierung eingefordert.

Wenngleich der „New Deal“ ein

interessantes Analyse-Instrumentarium für fragile Staaten anbietet, scheint die technische und schematische Darstellung den Dynamiken und vielfältigen Realitäten vor Ort nicht zu entsprechen. Im Süd-Sudan scheiterte der „New Deal“ nicht nur an der lokalen Machtpolitik, sondern auch an den unterschiedlichen Interessen der Geberländer.

Zudem wurden die Logiken anderer AkteurInnen, beispielsweise von Rohstoffkonzernen, nicht einbezogen. Im Ostkongo, aber auch in anderen Teilen Afrikas und des Nahen Ostens, werden Rohstoffe ausgebeutet, auch wenn staatliche Strukturen nicht oder nur rudimentär vorhanden sind. Es existieren andere Systeme. Die Lieferketten der Rebellen im Ostkongo oder vom ISIS im Irak/Syrien funktionieren auch in „failed states“.

Solidarität ja, Einmischung nein

Warum haben es Uganda – die zunehmend autoritäre und populistische Politik von Langzeitpräsident Museveni mal ausgeklammert – und andere Länder nach dem Zerfall wieder „geschafft“? Es gab und gibt Visionäre in jedem Land. In Burkina Faso sind vergangenen Oktober eine Million Menschen auf die Straße gegangen, um einen Politikwandel in Richtung verantwortungsvollem Staat einzufordern. Beim Weltsozialforum im Tunis trafen sich drei Tage nach dem tragischen Anschlag auf das Bardo-Museum VertreterInnen der Demokratie-Bewegungen aus Tunesien, Marokko, Ägypten und dem Jemen. Ihre gemeinsame Botschaft hinsichtlich der Beziehung mit Europa lautete: „Solidarität ja, Einmischung nein“.

Die ugandischen Sozialrevolutionäre nach Österreich einzuladen, war u. a. der Verdienst des damaligen Innenministers Erwin Lanc. Heute bestimmen Sicherheitsdebatten und Flüchtlingsabwehr den heimischen und europäischen außenpolitischen Diskurs.

Franz Schmidjell

Stv. Geschäftsführer VIDC (Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation), Afrika Politik Referat

Grundausbildung zur/zum Soziokratischen GesprächsleiterIn



Soziokratie ist eine neue innovative Möglichkeit, gemeinsam, partizipativ und konsensorientiert Ziele zu verfolgen, Entscheidungen zu treffen und Projekte umzusetzen.



Grundausbildung in zwei Modulen

(Freitag und Samstag) sowie fünf Termine für Lernkreise und ein Supervisionstag

Impulsabend:

Fr., 23. Oktober 2015, 19 Uhr

Abschlussstag:

Fr., 29. April 2016, 10 bis 18 Uhr

TrainerInnen:

DSA Ing.in Barbara Strauch, Leiterin des Soziokratie-Zentrums Österreich

Florian Bauernfeind, Eventmanager, Moderator

Michaela Pöllabauer, diplomierte Lebens- und Sozialberaterin, zertifizierte Erwachsenenbildnerin

Nähere Infos und Anmeldung: Bildungszentrum Maximilianhaus, Gmundner Straße 1b, 4800 Attnang-Puchheim,

☎ (07674) 6 65 50, maximilianhaus@dioezese-linz.at

www.maximilianhaus.at

Talk im Dom

Herausforderungen unserer Zeit

Drei Abende zu den Themen:

Krieg und Frieden, Di., 22. September 2015

am Podium: Mag.^a Petra Ramsauer, Univ.-Prof. Dr. Helmut Renöckl

Gnade und Leistung, Di., 6. Oktober 2015

am Podium: Mag.^a Margit Appel, Mag.^a Edeltraud Artner-Papelitzky, Mag.^a Gertraud Jahn

Lebensglück und Daseins-Stress, Di., 20. Oktober 2015

am Podium: Walter Ablinger, Univ.-Prof. Dr. Michael Hofer, Mag.^a Dagmar Beutelmeyer

Moderation: Mag.^a Gabriele Eder-Cakl

Beginn jeweils um 19 Uhr, Rudigier-Halle im Linzer Mariendom (Eingang Baumbachstraße bzw. Turmportal), im Anschluss Agape mit Begegnung und Gesprächsmöglichkeit

„Talk im Dom“ ist eine Veranstaltung im Rahmen des diözesanen Schwerpunktes „Lebens.ZEICHEN“. Im Sinn des Zweiten Vatikanischen Konzils geht es um die Auseinandersetzung mit wichtigen Fragen der Menschen in der Welt von heute.

Veranstalter: Haus der Frau, Kommunikationsbüro, Katholisches Bildungswerk, Sozialreferat und Theologische Erwachsenenbildung – Diözese Linz

Die Alles-ist-möglich-Lüge

Wieso Familie und Beruf nicht zu vereinbaren sind

Vereinbarkeit ist das neue Zauberwort „moderner“ Familienpolitik. Kaum ein Tag vergeht, ohne dass irgendwo eine Studie, ein Artikel oder ein Gesetzesvorhaben erscheint, wo die Gleichzeitigkeit von Familie und Beruf gefordert, kommentiert oder untersucht wird. Unternehmen entdecken mehr und mehr das Label „familienfreundlich“ für sich. Die Kinderbetreuung für unter Dreijährige wird ausgebaut. Die Haltung dahinter: Ist doch alles paletti, wer jetzt nicht schafft, alles unter einen Hut zu bekommen, ist selber schuld.

Das ist eine Lüge! „Vereinbarkeit“: Allein das Wort ist eine Beschönigung. Denn es gibt nur ein Nebeneinander zweier völlig unterschiedlicher Lebensbereiche, die sich, wenn man sie gleichzeitig ausübt, einfach addieren. Warum? Weil sie genau dieselben Anforderungen an uns stellen; in der Familie und im Beruf sollen wir allzeit verfügbar, flexibel und immer auf die Sache konzentriert sein. Bei einem Tag mit nur 24 Stunden kann das nicht gutgehen.

Die neuen Väter – mehr Wunsch als Wirklichkeit

Aus eigener Erfahrung weiß ich: Der Alltag moderner Familien ist oft genug ein Kraftakt. Es wurde gefeilscht und gestritten, verteilt und verhandelt wie sonst nur auf dem Bazar: Wer macht was wie wann? Unvorhergesehenes durfte dabei nicht passieren. Plötzlich auftretendes Fieber, nächtliche Magen-Darm-Infekte oder gar ein gebrochener Arm führten direkt in die Orga-Katastrophe. Da wurde hektisch telefoniert und oft genug nachts an der Badezimmertür gestritten, wer am nächsten Tag die wichtigeren Termine hat.

Und das alles, obwohl wir „neue“ Väter an unserer Seite hatten. Die auch nicht davor zurückschreckten, in Karenz zu gehen und sich vormittags mit dem Nachwuchs in die von Müttern dominierte Krabbelgruppe zu setzen. Aber dann war die Karenzzeit vorbei – und wir wieder mittendrin im Chaos.

Studien zeigen: Der Wunsch der Väter ist (zumindest bei einigen) durchaus da, sich mehr in die Familie einzubringen. Trotzdem arbeiten 90 Prozent nach der Familiengründung sogar noch mehr Stunden als vorher. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Ein wichtiger ist sicher, dass Männer sehr schnell in ihren Unternehmen erleben, wie Familienfreundlichkeit sich gerade einmal auf die Mütter bezieht. Bei Vätern hört meist der Spaß auf. Raum für Verhandlungen ist selten.

Teilzeit darf keine Falle mehr sein

Und was machen die Mütter? Sie arbeiten in der Mehrheit Teilzeit – und das sogar freiwillig. Sie möchten einen Fuß in der Tür des Arbeitsmarktes haben und ihren Kindern bei den Hausaufgaben helfen. Dann ist doch alles fein. Nein, ist es nicht. Denn Mütter arbeiten zwar gerne weniger, um für ihre Familie da zu sein, leiden aber unter den Folgen: weniger berufliches Ansehen sowie Altersarmut. Da die Fürsorge-Leistung in der Familie in den Sozialsystemen nur minimal abgebildet wird, folgt auf eine reduzierte Arbeitszeit bei den meisten fast automatisch eine Pension, die kaum zum Leben reicht. Dabei könnte die Teilzeit sehr wohl ein Instrument zur Verbindung von Beruf und Familie sein. Wenn die Fürsorge endlich anerkannt und gerecht auf die Pension angerechnet wäre – und wenn Unternehmen sie nicht starr auslegten, sondern sie den Lebenssituationen ihrer Angestellten (Geburt der Kinder, Pflege von Angehörigen) anpassen würden.

Wie geht es eigentlich unseren Kindern?

Und auch eine andere Frage wird viel zu selten gestellt: Wie geht es eigentlich unseren Kindern? Sind sie damit einverstanden, immer funktionieren zu müssen? Fühlen sie sich wohl damit, während der Grippe die Babysitterin neben sich zu haben, weil Mama und Papa wieder einmal Wichtigeres zu tun haben? Über ihre Bedürfnisse wird bei der ganzen Vereinbarkeits-Debatte

kaum gesprochen. Als wäre es selbstverständlich, dass Kinder genau wie Erwachsene zu funktionieren haben. Wir geben ihnen häufig einen Takt vor, der eigentlich unserer ist, und vergessen dabei, was sie wirklich brauchen: Zeit, Muße und Sicherheit, um das Leben in seiner ganzen Vielfalt kennen- und begreifen zu lernen. Nein, das ist kein Plädoyer für die Vollzeitmutter oder den Vollzeitvater. Viele Studien belegen, dass glückliche Kinder bei Eltern aufwachsen, die beide arbeiten. Es ist aber ein Plädoyer dafür, die Bedürfnisse von Familien nach Nähe und Zeit füreinander ernst zu nehmen.

Wie wir leben wollen

Seien wir einfach ehrlich. Geben wir zu, dass in den meisten Fällen entweder der Beruf oder die Familie leidet, wenn wir versuchen, beides gleichzeitig zu leben. Hören wir auf, die „Vereinbarkeit“ als ein rein individuelles Problem zu sehen, an dem jeder und jede aus persönlicher Unzulänglichkeit verzweifelt. Erkennen wir an, dass Familienarbeit eine ernstzunehmende, aufwändige und gesellschaftlich existenzielle Arbeit ist – und hören wir auf, diejenigen zu bestrafen, die sich dafür entscheiden – oft genug ja nur für eine begrenzte Zeit! Hören wir auf damit, nur Erwerbsarbeit einen Wert beizumessen, weil diese Haltung alle anderen Arbeiten gnadenlos entwertet. Machen wir die Gesellschaft bereit für einen Lebenslauf, in dem Phasen der Erwerbsarbeit immer wieder mit Phasen der Familienarbeit abwechseln können, von der Politik abgesichert und den Unternehmen gefördert. Nur so können wir Menschen Mut zu Familie machen. Viel zu viele hat dieser Mut längst verlassen.

Susanne Garsoffky,
Journalistin und Autorin

<http://www.randomhouse.de/Buch/Die-Alles-ist-moeglich-Luege-Wieso-Familie-und-Beruf-nicht-zu-vereinbaren-sind/Susanne-Garsoffky/e451880.rhd>

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

A. Zumach: Globales Chaos – machtlose UNO. Ist die Weltorganisation überflüssig geworden? Rotpunktverlag Zürich, 2015, 263 Seiten.

22 Euro

Wo ist die Lösungskompetenz der UNO bei den aktuellen Krisen: Ukraine, Syrien, Irak, Israel – Palästina, Ebola ...? Aber auch bei Krisen der jüngsten Vergangenheit (Ruanda, Ex-Jugoslawien, Srebrenica) konnte die UNO nichts oder erst verspätet etwas zur Streitbeilegung beitragen.

Das Problem der UNO ist, dass sie kein eigenständiges Subjekt ist, sondern aus 193 Einzelstaaten mit verschiedenen Interessen besteht. Vor allem die Konstruktion des Sicherheitsrates mit der Vetomöglichkeit der ständigen Mitglieder verzögert oder verhindert rasche Entscheidungen. Andererseits darf man nicht übersehen, dass die UNO seit ihrer Gründung viel erreicht hat. Ohne UNO wären die letzten 70 Jahre viel schlimmer verlaufen.

Eine handlungsfähige Weltorganisation ist heute mindestens so dringend wie 1945. Globale Herausforderungen (Hunger, Unterentwicklung, Terrorismus, Konflikte um Wasser, fossile Energieträger usw.) schreien nach einer Lösung. Es gibt zahlreiche Vorschläge zur Änderung der Struktur und der Abläufe sowie der Finanzierung der UNO, die ihrer Umsetzung harren. Mit all diesen Problemfeldern beschäftigt sich dieses Buch in einer gut lesbaren Sprache.

F. Segbers, S. Wiesgickl (Hrsg.): „Diese Wirtschaft tötet“ (Papst Franziskus), VSA: Verlag, Hamburg, 2015, 254 Seiten. 16,80 Euro

Diese Aussage aus dem Schreiben „Evangelii Gaudium“ von Papst Franziskus ähnelt den Formulierungen in den Beschlüssen der Zehnten

Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Busan (Südkorea). Die Ablehnung der Praxis des herrschenden Kapitalismus findet sich in zahlreichen Dokumenten der Kirchen. Übereinstimmung besteht über die destruktiven Grundstrukturen des Kapitalismus, über die Option für die Armen und Marginalisierten und für eine lebensdienliche Wirtschaft.

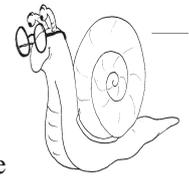
Der vorliegende Sammelband vereinigt die Beiträge zu diesem Thema von Autoren verschiedener Kirchen. Sie ermutigen uns zu einer befreienden Praxis in den politischen und ökonomischen Zentren Europas. Im Anhang sind die wesentlichen Dokumente der Kirchen abgedruckt: Ökonomie des Lebens, Gerechtigkeit und Frieden für alle (10. Vollversammlung des ÖRK), Gemeinsam für das Leben (ebenfalls 10. Vollversammlung des ÖRK), São-Paulo-Erklärung zur Umwandlung des internationalen Finanzsystems zu einer Wirtschaft im Dienst des Lebens, Auszüge aus dem Apostolischen Schreiben „Evangelii Gaudium“ und die Ansprache von Papst Franziskus vor den TeilnehmerInnen am Welttreffen der sozialen Bewegungen.

E. Reuter (Hrsg.): Mit-Mensch Tier. Verlag Katholisches Bibelwerk Stuttgart, 2015, 94 Seiten. 12,80 Euro

Das Miteinander von Mensch und Tier sind Inhalt dieses Buches. Tierrechte, ethisch verantworteter Ernährungsstil, Tierversuche, Tierhaltung und Tierzucht sind heute häufig diskutierte Themen nicht nur bei kirchlich und biblisch Interessierten. Tiere sind im Alten und Neuen Testament allgegenwärtig. Tiere spielten in biblischer Zeit im Leben der Menschen eine bedeutende Rolle. Beide, Mensch und Tier, sind Geschöpfe Gottes und Bild des Göttlichen. Aber nicht nur in der Bibel, auch heute haben die Tiere eine große Bedeutung.

Unter den Aspekten Mitgeschöpfe, Vorbilder und Gottesbilder werden eher unbekannt und überraschende Texte aus der Bibel vorgestellt und interpretiert. Die biblische Perspektive soll zu einem veränderten Umgang zwischen Mensch und Tier in der Gegenwart führen. Viele praktische Beispiele zur Bibelarbeit runden diesen Band ab.

Lasset die Kindischen zu mir kommen!



Ursprünglich wollte ich über die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie schreiben, doch da ich nicht einmal imstande bin, einen ordentlichen Beruf mit meinem freizeitorientierten Leben zu fusionieren, habe ich da bestimmt keine schönen Ratschläge für Sie. Vielleicht aber gegen die breite Verhetzung, die gerade im Schwange ist. Fremdenfeindliche Taferl, rechtsextremes Geklaffe – das beschäftigt mich.

Was budeln sich die Bürger so auf? Ein paar unspektakuläre Reisen oder schon der Blick in die Zeitung zeigen: Es geht den meisten von uns sehr gut, das erkennt auch eine Berufsjammertante wie ich. An der Armut kann's nicht liegen, ich schaffe keinen Autokilometer, ohne dass mich ein SUV bedrängt. Ich vermute, dass wir uns gesellschaftlich in der Trotzphase befinden. Die Demokratie in Österreich ist ja noch ganz jung. Leute, die Beruf und Familie integrieren müssen, kennen das: Der an sich entzückende Zweijährige fällt tollwütig zu Boden, weil er den siebten Schlecker nicht bekommt, bevorzugt vor Publikum. Mir geht's bei den Mitgeschöpfen so, die gegen „Aslyanten“ geifern und die inakzeptablen Zeltstädte mit Bundesheer-Übungen vergleichen. Ich bemühe mich, solche Krakeeler mit den Augen einer liebenden Mutter zu betrachten. Nie würde die ihre Hand erheben! Auch ich möchte gewaltfrei beim Erwachsenwerden helfen.

Sind die politisch Tobenden nun wirklich wie die Kinder, dann lasset sie zu mir kommen. Ich biete dem Staat an, dass sie bei mir eine Gesprächsstunde buchen müssen. Streng wird sie in der Sache, aber milde im Ton – eine Art Gewissensprüfung. Wer nachher noch gegen Flüchtlinge geifert, rutscht in eine höhere Steuerklasse. Davon werden dann die Entwicklungshilfe sowie mein Einkommen erhöht.

Ihre Weinbergschnecke

